

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **65 (1985)**

Heft 10

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Agrarpolitische Quadratur des Zirkels

Die Agrarpolitik ist in unserem Land – wie in den meisten Industriestaaten – ein Dauerbrenner. Sie kostet viel Geld: Der Bund hat pro Jahr rund 1,6 Milliarden Franken aufzuwenden. Dazu kommen weitere 400 Millionen an kantonalen Leistungen. Neben diesen öffentlichen Ausgaben fallen zudem für den Konsum Verteuerungen durch Abgaben und Kontingentierungen an, die gemäss Aussagen des Bundesrates im sechsten «Bericht über die Lage der schweizerischen Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Bundes» ebenso viel ausmachen dürften. Dabei nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ständig ab: 1960 waren es noch 13,3 Prozent; inzwischen hat sich ihr Anteil auf 6 Prozent eingependelt.

Warum artikuliert sich das schwellende Unbehagen, das bei jeder agrarpolitischen Vorlage des Bundes aufflackert, nicht in politischen Initiativen für grundlegende Weichenstellungen? Warum bleibt es bei besorgten bis bisigen Kommentaren in der Öffentlichkeit und parlamentarischen Geplänkeln ohne entschiedenen, breiter abgestützten Reformwillen? Wer den über 300 Seiten starken Landwirtschaftsbericht des Bundesrates, der die Lage und Politik seit Mitte der siebziger Jahre analysiert und die mittelfristigen Perspektiven in der Optik der Landesregierung plastisch zur Darstellung bringt, genauer liest, dem geht sehr rasch auf, dass es sich hier um ein

dichtes Mosaik von Fakten und Zielsetzungen handelt, bei dem es fast unmöglich geworden ist, einzelne Steinen ohne unabsehbare Kettenreaktionen herauszulösen oder auch nur stärker zu verändern. Dazu stellt das Ganze ein viel zu labiles, in den einzelnen Elementen aber genau durchdachtes und fundiertes Gleichgewicht dar.

Wollte man aber wirklich tiefergreifende strukturelle Reformen in Angriff nehmen, dann müsste man jene verschiedenen Prämissen des Systems ändern, die nicht ökonomischer Art sind. Da ist zunächst die staatspolitisch begründete Forderung nach einem möglichst hohen Grad der Selbstversorgung im Kriegsfall. Da ist ferner der für ein Touristenland besonders wichtige Aspekt der Landschaftspflege. Und da ist ausserdem das Leitbild des Familienbetriebs als gesellschaftspolitisches Ideal.

Mit zu den Rahmenbedingungen gehört aber zum Beispiel auch das Konsumverhalten des Schweizers, der grundsätzlich alles, was irgendwo in der Welt produziert wird, offeriert haben möchte und etwa beim Fleisch besonders extreme Ansprüche stellt. Nicht zu übersehen ist ferner, dass sich das hohe Lohnniveau unseres Landes selbstverständlich auch auf die landwirtschaftlichen Produktionskosten auswirkt. Bei internationalen Preisvergleichen ist ausserdem zu beachten, dass es gar keinen unverfälschten

Markt mehr gibt, weil praktisch alle andern Staaten ebenfalls mit agrarpolitischen Stützungs- und Exportförderungsmassnahmen operieren.

Ob all diesen Prämissen und Rahmenbedingungen darf man letzten Endes auch den Bauern selbst nicht vergessen. Wenn heute etwa vermehrt dafür plädiert wird, die sogenannten Direktzahlungen vor allem im Berggebiet weiter auszubauen, so ist dies rein ökonomisch zwar einleuchtend: Statt mit Preisstützungen weitere Produktionsanreize zu schaffen, um dann postwendend vor subventionsbedürftigen Produktionsüberschüssen zu stehen, soll die Einkommenssicherung durch zusätzliche Kosten- und Flächenbeiträge gewährleistet werden. Im Klartext bedeutet dies aber, dass der Bauer immer mehr zum staatlichen Teilrentner wird, und zwar paradoxer-

weise in eben dem Masse, in dem seine Leistungsfähigkeit durch bessere Produktionsmethoden und bessere Ausbildung ansteigt. Dass dies nicht ohne Rückwirkungen auf das Selbstverständnis des Bauern, der ja seiner Mentalität nach ein Unternehmer sein soll, bleiben kann, liegt auf der Hand.

All diese Hinweise können selbstverständlich nicht bedeuten, dass am besten alles beim alten bleibt. Sie machen aber klar, dass Schnellkuren nicht weiter führen, und sie machen auch sichtbar, dass Agrarpolitik nicht einfach Sache der Bauern und der Bundesverwaltung sein kann. Es geht hier um Probleme, die wieder vermehrt gesamtpolitisch betrachtet und gelöst werden müssen – auch wenn es äusserst schwerfällt, sich die dazu nötige Sachkunde überhaupt noch anzueignen.

Richard Reich

Strapazierte Konkordanz

Das Schauspiel, das der Bundesrat neuestens bei der Besetzung von *Chefpositionen* zu zelebrieren sich angeschickt hat, ist alles andere als erhebend oder magistral. Kein privates Unternehmen könnte sich solchen Luxus leisten. Gewiss, jedermann weiss, dass der Konkordanzmechanismus seinen Preis hat. Und das Prinzip, das dem Konkordanzdenken zugrunde liegt, nämlich Interessenausgleich durch freiwillige Machtteilung, soll auch in keiner Weise in Frage gestellt werden. Ein föderativ aufgebauter Staat vom Zuschnitt der Schweiz braucht Konkordanz als notwendiges Ausgleichselement, als Existenzgrund-

lage. Damit sind allerdings in keiner Weise auch schon alle Praktiken geheiligt, die im Namen der Konkordanz eingesetzt werden. Im Gegenteil, sie sollte vielmehr sorgfältig und mit Bedacht praktiziert werden, weil sie sonst einem Verschleiss ausgesetzt wird, der sie in den Grundlagen bedrohen kann.

Ein Ausdruck der Konkordanz ist bekanntlich die Berücksichtigung des Regional- und Parteienproporz bei der Besetzung wichtiger Ämter. Das unschöne Seilziehen im Bundesrat um die Nachfolge von *Dr. Rudolf Bieri*, der aus Altersgründen zu Jahresende von seinem Posten als Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung zu-

rücktreten wird, hat nun allerdings gelehrt, dass das Konkordanzgerangel Formen annehmen kann, die die Auswahl zwischen zwei bestens qualifizierten Kandidaten verhindert. Der Ausweg, der dann gefunden worden ist – und an den offenbar bis zur endgültigen Entscheidungsblockierung aus naheliegenden Gründen auch niemand gedacht hatte –, vermag unter keinem Titel zu befriedigen, so dass bestenfalls von einer *Verlegenheitslösung* gesprochen werden kann.

Es muss als ausgesprochen problematisch, ja *peinlich* empfunden werden, wenn die Verhärtungen im Bundesrat Formen annehmen, die die Berufung von bestens ausgewiesenen Persönlichkeiten verunmöglichen. Und dies vorzüglich aus zwei Gründen. Der Bund ist – erstens – auf kompetente Chefbeamte unbedingt angewiesen. Die Attraktivität solcher Stellen aber muss ganz erheblich sinken, wenn ein Kandidat damit zu rechnen hat, bereits in der Evaluationsphase aus Gründen verheizt zu werden, die mit seiner Person wenig, um so mehr aber mit dem zu tun haben, was als überzogenes Beharren auf kaum mehr ra-

tional nachvollziehbaren Parteiprioritäten bezeichnet werden könnte. Die Folgen eines solchen Taktierens zeigen sich in einer Verkleinerung des Rekrutierungsfeldes, das zufolge der Konkordanzspielregeln normalerweise ohnehin nicht sehr gross ist.

Zweitens darf bei allem Verständnis für die Konkordanz die Person und ihre Eignung für die Aufgabenerfüllung doch nicht völlig aus den Augen verloren werden. Und dies vor allem dann, wenn es um die Besetzung von Positionen geht, die *wirtschaftspolitisch* von einiger Relevanz sind. Praktische Wirtschaftspolitik hat eben immer auch einen *persönlichkeitsbezogenen* Aspekt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es für den Zustand der Wirtschaftspolitik nicht gleichgültig ist, *wer* im Wirtschafts- und Finanzdepartement die Zügel in den Händen hält. Das, was vom Bundeshaus an wirtschaftspolitischem Verständnis in die praktische Wirtschaftspolitik einfließt, ist eben zu wesentlichen Teilen auch Reflex der «Philosophie» jener Personen, die die Spitzenpositionen innehaben.

Willy Linder

Kein Europa – weit und breit

Wäre das «Europa der Sechs» zum Ansatz einer Föderation mit einer gemeinsamen Entscheidungsinstanz geworden, so hätten die späteren Beitritte zu Interessenkonflikten und Anpassungszwängen geführt, aber innerhalb dieser Einheit. Da aber der ursprüngliche «übernationale», bundesstaatliche Impuls erlahmt war – auch

der grosse Europäer Jean Monnet dachte nicht politisch genug, denn er meinte, dass die innere Logik, die Sachzwänge selber die Institutionen hervorbringen würden, die doch nur ein politischer Willensakt schaffen konnte – haben sich die unterschiedlichen Interessen nicht innerhalb eines solchen Rahmens durchzusetzen ver-

sucht und meist vermocht, sondern fast ungehemmt, und gerade jetzt in Zeiten geringen Wachstums und schärferer Konkurrenz gegen den Geist und zum Schaden der Ansätze europäischer Verbindung.

«*Le Monde*» vom 10. September bietet im Leitartikel folgende Bestandaufnahme: «*Wenn Bundeskanzler Kohl, allein gegen alle, sich einer Senkung der Agrarpreise widersetzt, wenn Präsident Mitterrand, allein gegen alle, dem Vorhaben eines gemeinsamen europäischen Kampfflugzeugs den Rücken kehrt, wenn Premierministerin Thatcher an Präsident Reagan schreibt um ihn zu bitten, nicht das französische System eines «Supertelephons» für Kriegsschauplätze anzunehmen, das bereits funktioniert und stattdessen ein englisches System zu kaufen, das noch nicht operabel ist – wohin gehen wir? Kann man die Arena, auf der sich aufs äusserste verschärfte nationale Interessen bekämpfen, noch ‚Europa‘ nennen?» Und das, bevor noch die beiden südeuropäischen Staaten, die neu dazukamen, ihre Interessen geltend machen, die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrika schaden, für die Handel wichtiger ist als Hilfe.*

Man darf innerhalb der längst nicht vollständigen, nur exemplarischen Auflistung von «*Le Monde*» differenzieren. Das bundesdeutsche Veto gegen einen Brüsseler Beschluss in Verletzung der bis dahin proklamierten Bonner Europapolitik, die ein solches Veto ganz auszuschalten strebte, ist viel gravierender als das Scheitern eines gemeinsamen Vorhabens der Flugzeugkonstruktion. Es ist nicht zwingend, dass ein einziges Modell den ungleichen Bedürfnissen aller Teilnehmer entspricht und nicht Raum für

mehrere Typen wäre; weder betraf dieses Projekt die ganze EG, noch hing die Zukunft jeglicher technischer Zusammenarbeit derart an seinem Gelingen, dass nunmehr alle anderen Projekte nicht mehr machbar wären.

Wenn Premierministerin Thatcher in ihrem Brief an den amerikanischen Präsidenten geltend macht, dass Grossbritannien der zuverlässigere Verbündete und auch noch der bessere Kunde in Rüstungskäufen sei, so appelliert sie an das angelsächsische «Sonderverhältnis», von dem die Engländer allerdings viel mehr sprechen als die Amerikaner. Da die EG, so wie sie ist, ihre Mitglieder nicht zwingen kann, europäisch zu handeln – oder genauer gesagt, das nur in einigen Bereichen tut und auch hier mit kontroversen Ergebnissen –, können die jeweils geschädigten Partner sich nicht beschweren – bei wem denn? – wenn jede Regierung robust die eigenen Interessen vertritt. Die EG kann sich auch nicht beschweren, wenn Unternehmen einzelner Mitgliedstaaten auf industriellem Gebiet Partnerschaften mit Japan oder den USA eingehen, von denen sie sich technologische Vorteile versprechen, und nicht prioritär mit anderen EG-Mitgliedstaaten. Es ist ihnen nicht verboten, und von einer nicht recht fassbaren moralischen Verpflichtung zu reden, wenn die institutionelle Bindung nicht existiert, ist sinnlos – «aria frita», wie die Italiener sagen. Englands Arbeitslosigkeit könnte noch wachsen; in dieser Lage auf eine Chance, ein Geschäft zu verzichten, ist keiner britischen Regierung zumutbar.

Es trifft zu, dass François Mitterrand, dessen Autorität sogar innerhalb seiner Partei leicht verblasst erscheint, noch vor den Parlamentswahlen einen

europäischen institutionellen Fortschritt durchsetzen möchte. Dass gerade darin und gerade jetzt die bisher bestehende deutsch-französische Partnerschaft in eine Krise geriet, ist zu bedauern. In der französischen Zeitschrift «*Documents*» hat Roger de Weck ausgeführt, dass zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand weit weniger Partnerschaft zu spüren ist als seinerzeit zwischen Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Ohne diese besondere Verständigung geht aber in der EG nichts voran.

Vielleicht war «Eureka» kein so genialer Einfall wie jener, der Archimedes zum betreffenden Ausruf veranlasste. Es ist eher eine Bestandaufnahme als ein Vorhaben; Frankreichs Bereitschaft, sich auf Gebieten, auf denen es technische Spitzenleistungen vollbringt, in die Karten schauen zu lassen, darf in diese Bilanz mit Null eingesetzt werden.

Die Wirtschaft, die Technologie als Umweg zu einer politischen Gemeinsamkeit und schliesslich Gemeinschaft

– das bleibt eine Illusion. Dabei hat der deutsche Bundeskanzler, von Historikern gut beraten, erklärt, es gebe keine nationalstaatliche deutsche Perspektive, sondern nur eine europäische. Da solches für keinen anderen westeuropäischen Staat zutrifft, müsste eine Bonner Regierung, die das einsieht, für die europäische Lösung konsequenter eintreten. Sonst ist diese Erkenntnis, die die «*Frankfurter Allgemeine*» dem Kanzler ankreidet, nur die eines Verzichts ohne Ausblick auf andere Perspektiven.

Ob Präsident Reagans Angriff auf Handelspraktiken der EG eine europäische Solidarität schafft, die im übrigen nicht zu erkennen ist? «*Le Monde*» klammert sich im zitierten Artikel an diese verzweifelte Hoffnung. Wiederum soll ein bestimmtes wirtschaftliches Interesse dafür herhalten, ein Europa zusammenzuführen, dessen besondere Wirtschaftsinteressen heute eher Sprengstoff der Gemeinschaft sind als Kitt.

François Bondy

**Es ist beruhigend,
vernünftig versichert zu sein**

Bitte reden Sie mit uns.

<i>winterthur</i>
<i>versicherungen</i>

Immer in Ihrer Nähe